

Fraktion **direkt**

8 | 31. Januar 2014

Zur Lage

Die Wirtschaft muss laufen

Aufschwung ist die Basis für unseren Sozialstaat



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutschland geht es gut. Dieser Satz, mit dem die Union in den Wahlkampf gezogen ist, trifft nach wie vor zu. Die Prognosen für dieses Jahr sind außerordentlich positiv. Während unsere Wirtschaft im vergangenen Jahr – auch wegen der Euro-Krise – um lediglich 0,3 Prozent zulegte, könnten 2014 sogar wieder bis zu 1,9 Prozent erreicht werden.

Eines müssen wir immer sehen: Der Aufschwung ist kein Selbstläufer. Wir müssen uns weiter anstrengen, damit er auch in den kommenden Jahren anhält, damit Deutschland auf seinem Erfolgsweg bleibt. Deshalb war es so wichtig, dass in dieser Legislaturperiode die Steuern und Beiträge – mit Ausnahme des Pflegebeitrags – stabil bleiben. Dafür mussten wir in den Koalitionsverhandlungen hart kämpfen. Die Unternehmen haben dadurch Investitionssicherheit bekommen.

Die Koalition wird es dabei aber nicht belassen, sondern in den nächsten Jahren auch Wachstumsimpulse setzen, die langfristig wirken. So werden unter anderem die Ausgaben in Bildung, Wissenschaft und Forschung gesteigert.

Die Länder werden sechs Milliarden Euro erhalten, die insbesondere den Hochschulen zugutekommen sollen. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhalten drei Milliarden zusätzlich.

Wichtig wird auch sein, dass die Koalition den Anstieg der Energiepreise in den Griff bekommt. Der Wirtschaftsminister hat dazu gute Vorschläge vorgelegt. Vor allem die Länder sollten sie jetzt nicht zerreden. Denn die Stabilisierung der Energiepreise ist ein nationales Anliegen. Jedes Land mag ja nachvollziehbare Eigeninteressen haben. Irgendwann müssen sie aber hinter dem Gesamtinteresse zurückstecken.

„Wir müssen uns weiter anstrengen, damit Deutschland auf seinem Erfolgsweg bleibt“

Verstehen kann ich bis zu einem gewissen Maße hingegen die Klagen der Wirtschaft, die sich gegen eine Belastung der Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien wehrt. Auch für diese Unternehmen gilt natürlich der Grundsatz des Vertrauensschutzes. Eine Belastung im Nachhinein ist problematisch.

Insgesamt gilt: Nur wenn die Wirtschaft weiter gedeiht, werden wir auch das Geld zur Sicherung unserer Sozialsysteme haben. In den vergangenen Jahren war es so. Die Union wird alles dafür tun, dass es so bleibt.



Inhalt

Die Wirtschaft muss laufen	1
Das Feld ist gut bestellt	2
„Koalition für große Aufgaben“	3
Maßstab ist das Wohlergehen der Menschen	4
Die ersten Projekte der großen Koalition	5
„Pflege ist das Thema des Jahrhunderts“	6
Mehr militärisches Engagement in Afrika erwogen	7
Menschen in der Ukraine „müssen Gehör finden“	7
Die grausame Alltäglichkeit des Sterbens	8
„Das ordnungspolitische Gewissen“ der Koalition	9
Anette Hübinger für Forschungsengagement ausgezeichnet	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Das Feld ist gut bestellt

Deutschland ist das Chancenland



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In dieser Woche hat die Koalition ihr Programm für die Wahlperiode vorgestellt. In dem Zusammenhang kann man eines nicht genug betonen: Das Feld ist sehr gut bestellt. Unsere Konjunktur hat weiter an Schwung gewonnen. Wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Wir haben noch mehr Menschen in Lohn und Arbeit gebracht. Unsere Arbeitnehmer verdienen deutlich mehr als der EU-Durchschnitt, und das Armutsrisiko ist gering. Kurz: Deutschland steht hervorragend da. Wir sind das Chancenland Europas.

Das ist das Ergebnis unserer bürgerlichen Politik der Mitte. Deswegen sage ich: Acht Jahre mit der Union an der Regierung haben Deutschland gut getan. Das haben die Menschen verstanden. Sie haben uns einen klaren Auftrag erteilt – zur Fortsetzung unserer bürgerlichen Politik der Mitte.

Zu dieser bürgerlichen Politik gehört, dass wir nicht viel reden, sondern zügig an die Arbeit gehen. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam in dieser schwarz-roten Koalition bei den beiden Mega-Themen Energie und Rente zügig Nägel mit Köpfen machen. Wohl gemerkt: gemeinsam. Wir müssen uns immer vor Augen halten: Weder das eine noch das andere sind Projekte einzelner Minister. Es sind die Projekte dieser Koalition, die – auf Basis der Ko-

alitionsvereinbarung – von einzelnen Ministern umgesetzt werden müssen. Mit dem, was derzeit umgesetzt wird, können wir sehr zufrieden sein. Es steckt sehr viel Union darin.

Gemeinsam für gute Lösungen bei Energie und Rente

Es war die Union, die die Energiewende eingeleitet hat. Die SPD interessiert das Thema erst, seit sie das Energieministerium besetzt. Nun liegen erste Eckpunkte für eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor. Diese Eckpunkte sind ein Schritt in die richtige Richtung. Für uns ist von zentraler Bedeutung, dass wir die Energiekosten für die Menschen und Unternehmen in unserem Land begrenzen, dass wir eine sichere Energieversorgung erreichen und dass keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies im Gesetzgebungsprozess lösen werden.

Ähnlich ist es beim zweiten großen Thema, dem Rentenpaket. Ohne die Union wäre es wohl kein Paket, sondern maximal ein Päckchen. Drei von vier Bestandteilen des Paketes sind Unionsthemen: die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Erhöhung des Reha-Deckels, die Mütterrente. Von diesen Maßnahmen profitieren viele Millionen Menschen. Das ist Ergebnis unserer bürgerlichen Politik der Mitte. Einiges zu tun gibt es noch bei der abschlagsfreien Rente mit 63. Wir müssen insbesondere dafür sorgen, dass es nicht zu einer Frühverrentungswelle kommt. Ich habe den Eindruck, dass auch die Bundesarbeitsministerin problembewusst ist. In den Beratungen im Bundestag werden wir dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen. Auch hier bin ich zuversichtlich, dass uns gemeinsam eine gute Lösung für die Menschen in unserem Land gelingt.

„Koalition für große Aufgaben“

Merkel gibt Regierungserklärung ab – Energiewende, Rente und Haushaltskonsolidierung große Projekte – Für ein starkes Europa

Solide Finanzen, Zukunftsinvestitionen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – das sind die Kernziele der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren. In einer Regierungserklärung stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch dem Bundestag die Projekte der Koalition aus CDU/CSU und SPD vor. Eine große Koalition ist „eine Koalition für große Aufgaben“, sagte Merkel und sprach unter anderem die Energiewende, das Rentenpaket und die Haushaltskonsolidierung an. Ein besonderes Augenmerk legte sie auch auf Europa: „Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn Europa stark ist.“

Im Hinblick auf Europa warnte die Kanzlerin, dass die Staatsschuldenkrise allenfalls unter Kontrolle sei, aber noch nicht dauerhaft überwunden. Deshalb müsse man die Gründungsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion überwinden, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bankenunion, die Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Wer ein Risiko eingeht, der haftet auch für die Verluste, und nicht mehr der Steuerzahler.“

Deutschland geht laut Merkel mit seinen soliden Finanzen in Europa mit gutem Beispiel voran. 2015 wolle die Bundesregierung ohne neue Schulden auskommen, betonte sie. Die gute Haushaltslage sei nicht zuletzt der guten Konjunktur geschuldet, die auch einen neuen Rekord an Steuereinnahmen verursacht habe. Angesichts dessen müsse die Politik „zeigen, dass wir mit dem Auskommen, was wir einnehmen, und keine Steuern erhöhen“.

Exportschlager Energiewende

Als eines der großen Projekte hob die Kanzlerin die Energiewende hervor. Kein Land habe bisher eine vergleichbar radikale Veränderung seiner Energieversorgung angepackt. „Die Welt



Bundeskanzlerin Merkel bei der Regierungserklärung

Foto: Julia Nowak

schaut mit einer Mischung aus Unverständnis und Neugier darauf, ob und wie uns die Energiewende gelingt.“ Wenn sie aber gelinge, werde sie ein Exportschlager, zeigte Merkel sich sicher. Das Vorhaben der Koalition, die Förderung der erneuerbaren Energien zurückzufahren, bezeichnete sie als sinnvoll. Die Erneuerbaren hätten mit 25 Prozent Marktanteil inzwischen die Nische verlassen und seien eine tragende Säule des Energiemarktes geworden.

Tarifpartner gestärkt

Im sozialen Bereich sprach Merkel unter anderem die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes an. Die Koalitionspartner teilten die Überzeugung, dass „derjenige, der voll arbeitet, mehr haben muss, als wenn er nicht arbeitet“. Deshalb sollen ab Anfang 2015 Arbeitnehmer grundsätzlich mindestens 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Gleichzeitig können Arbeitgeber und Gewerkschaften aber jetzt noch geringere Lohnuntergrenzen aushandeln und für allgemeinverbindlich erklären lassen, die dann bis Ende 2016 weitergelten. „Dadurch werden auch die Tarifpartner wieder gestärkt“, betonte die CDU-Vorsitzende.

Das Internet als „Verheißung“

Merkel bekannte sich zur Freizügigkeit in Europa, zur Beschäftigung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland. „Dennoch: Wir dürfen die Augen vor möglichem Missbrauch nicht verschließen“, warnte sie. Es dürfe nicht zu einer faktischen Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme kommen.

Aus dem geplanten Rentenpaket hob die Kanzlerin besonders die verbesserte Rente für Mütter hervor, die vor 1992 Kinder geboren haben. Diese hätten seinerzeit nicht annähernd so gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehabt wie Frauen heute. Deshalb sei die Mütterrente eine „gerechte Anerkennung“ für die Erziehungsleistungen dieser Frauen.

Als Zukunftsaufgabe bezeichnete die Kanzlerin die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der digitalen. Bis 2018 solle jeder Deutsche Zugang zum schnellen Internet haben, egal ob er in der Stadt oder auf dem Land lebe. Merkel versprach in diesem Zusammenhang auch mehr Datenschutz und Datensicherheit: „Wir wollen, dass das Internet eine Verheißung bleibt.“

Maßstab ist das Wohlergehen der Menschen

Kauder und Hasselfeldt setzen Leitplanken für die große Koalition – Aussprache zur Regierungserklärung im Bundestag



Foto: Julia Nowak

Gerda Hasselfeldt und Volker Kauder im Plenum

Leichtgefallen ist sie nicht, die Bildung einer großen Koalition nach einem Wahlkampf, in dem Union und SPD sich nichts schenken. Doch der Koalitionsvertrag, den beide Seiten miteinander ausgehandelt haben und der jetzt umgesetzt werden muss, erscheint dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder als gute Grundlage für die bevorstehende gemeinsame Arbeit.

„Die Menschen wollen keinen Politikwechsel“

„Wir müssen uns daran messen lassen, dass es den Menschen und dem Land nach diesen vier Jahren großer Koalition besser geht als vorher“, sagte Kauder am Mittwoch in der Aussprache zur Regierungserklärung. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt erinnerte an das Wahlergebnis: „Die Menschen wollen keinen Politikwechsel. Sie wollen, dass wir

den politischen Stabilitätskurs der vergangenen Jahre fortsetzen.“

Das erste Ziel müsse es sein, alles zu tun, damit die deutsche Wirtschaft sich entwickeln und wachsen könne, sagte Kauder. Deshalb sei es richtig, ihr kein Geld für Investitionen zu entziehen. „Bei der Entscheidung ‚keine Steuererhöhungen‘ bleibt es in den nächsten vier Jahren“, betonte er. Auch Hasselfeldt warnte, dass Steuererhöhungen „Gift für die Wirtschaft“ wären und die gute Beschäftigungssituation untergraben würden.

Haushaltspolitik für kommende Generationen

Finanzieller Solidität räumten sowohl der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende als auch die CSU-Landesgruppenchefin einen hohen Stellenwert ein. Kauder sagte mit Blick auf die noch nicht komplett überwundene Staatsschuldenkrise in Europa: „Ja, wir sind solidarisch in Europa, aber wir verlangen auch die notwendigen Reformen.“ Bei der Hilfe für hoch verschuldete Euro-Länder gelte weiterhin: keine Leistung ohne Gegenleistung.

Gerda Hasselfeldt hielt fest, die Koalition wolle eine Stabilitätsunion und keine Schuldenunion in Europa. Haushaltspolitik werde immer mit Blick auf die Kinder und Enkelkinder gemacht, sagte sie und mahnte: „Wenn wir die Verantwortung für solide Finanzen nicht ernst nehmen, ver-sündigen wir uns an den nachkommenden Generationen.“ Deutschland sei auf gutem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt, werde dabei aber nicht stehen bleiben.

Darüber hinaus forderte Kauder: „Europa muss mehr sein als ein Europa von Euro und Cent.“ Die EU sei auch eine Wertegemeinschaft, sagte er unter Verweis auf Freiheit und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Justiz. Themen wie Religionsfreiheit dürften – etwa bei den Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei – nicht ins letzte Verhandlungskapitel geschoben werden, forderte Kauder.

„Europa ist mehr als Euro und Cent“

Der Fraktionsvorsitzende sprach auch die Zuwanderung aus EU-Ländern an. „An der Freizügigkeit will niemand rütteln“, sagte er. Zuwanderung in Arbeit sei richtig, aber Zuwanderung in Sozialsysteme nicht erwünscht. Fehlentwicklungen müsse man in aller Nüchternheit und Klarheit ansprechen. Auch Hasselfeldt sagte: „Wir müssen Antworten geben auf die Klagen der Kommunen und Städte.“

Kauder warf zu guter Letzt auch einen Blick über Europa hinaus. Als Exportnation müsse Deutschland sich um drei Weltregionen kümmern, die bislang zu kurz gekommen seien. Gebraucht würden neue Strategien für Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die ersten Projekte der großen Koalition

Volles Programm schon im ersten Halbjahr

Von der Energiewende über den Haushalt bis zum Rentenpaket: Der Bundestag hat in dieser Woche über das komplette Arbeitsprogramm der großen Koalition in dieser Legislaturperiode debattiert. Wie in einer klassischen Haushaltswoche kam es nach der Regierungserklärung und der Generaldebatte in allen Ressorts zum Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition. Im Folgenden die Projekte, die sofort angepackt werden:

Energiewende

Im Vordergrund stand die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, mit der der Anstieg der Strompreise begrenzt werden soll. Energieminister Sigmar Gabriel stellte dafür die Eckpunkte vor, die auf der Kabinettsklausur in Meseberg abgesegnet worden waren. Mit der Reform wird erstmals für den Ausbau von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse ein verbindlicher Korridor geschaffen. Grundsätzlich soll sich die Branche der Erneuerbaren dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb öffnen.

Wichtig sind vor allem die Maßnahmen zur Kostensenkung bei den unterschiedlichen regenerativen Energien. Besonders die übermäßige Förderung der Windkraft an Land wird gekürzt; bei der Biomasse wird die Förderung überwiegend auf Abfall- und Reststoffe beschränkt. Die Industrierabatte für die EEG-Umlage sollen stärker eingeschränkt, Unternehmen, die ihren eigenen Strom produzieren, an der EEG-Umlage beteiligt werden.

Der fertige Gesetzentwurf soll bereits vor Ostern vom Kabinett auf den Weg gebracht und bis Anfang Juli von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, damit die Novelle Anfang August in Kraft treten kann. Der ehrgeizige Zeitplan ist nicht zuletzt deshalb machbar, weil der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier mit seiner „Strompreisbremse“ in der vergangenen Legislaturperiode einen Großteil der Vorarbeit geleistet hat.

Haushalt

Erstmals seit mehr als 40 Jahren will der Bund ohne neue Schulden auskommen. Schon allein für das laufende Jahr strebt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble einen strukturell ausgeglichenen Haushalt an, für 2015 dann einen kompletten Verzicht auf Neuverschuldung. „Wir sind in einer



Foto: Julia Nowak

guten Situation, aber wir müssen Kurs halten und uns mit allen Kräften anstrengen“, sagte Schäuble unter Verweis auf Mehrausgaben von 23 Milliarden Euro für Investitionen bis zum Ende der Legislaturperiode. Diese Kosten sollen aus erwarteten Überschüssen sowie aus Reserven im Bundeshaushalt finanziert werden. Schäuble kündigte auch an, dass die Gesamtverschuldung Deutschlands, die derzeit bei 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt, innerhalb von zehn Jahren auf 60 Prozent gedrückt

werden solle. Bis Ende 2017 wolle man bereits in der „Nähe von 70 Prozent“ sein. Dies kann auch ohne Rückzahlung gelingen, wenn die Wirtschaftsleistung entsprechend wächst.

Den Entwurf für den Etat 2014 zusammen mit den Eckwerten für die Jahre 2015 bis 2018 will das Kabinett am 12. März vorlegen. Bis Juli soll der Haushalt von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Rente

Vom Rentenpaket, das Arbeitsministerin Andrea Nahles im Bundestag vorgestellt hat, gehen allein drei von vier Einzelpunkten auf die Initiative der CDU/CSU zurück. So hat sich die Union schon in der vergangenen Legislaturperiode für die Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten, die Anhebung des Ausgabendeckels für Reha-Maßnahmen und die Erhöhung der Mütterrente für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, eingesetzt. Auf Betreiben der SPD wird

darüber hinaus Arbeitnehmern, die 45 Berufsjahre hinter sich haben, ermöglicht, mit 63 in Rente zu gehen. Die Maßnahmen sollen ebenfalls bereits bis Juli umgesetzt werden.

Alles zusammen kann derzeit aus den Reserven in der Rentenversicherung finanziert werden. Erst im Jahre 2019 voraussichtlich muss der Bundeszuschuss an die Rentenkasse erhöht werden, damit das Geld dafür ausreicht. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird in den nächsten Jahren nicht angehoben.

„Pflege ist das Thema des Jahrhunderts“

Jens Spahn über die alternde Gesellschaft und ihre Herausforderungen



Foto: Stephan Baumann

Jens Spahn

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Pflegetag in der vergangenen Woche hat erneut ein Schlaglicht auf die Herausforderungen geworfen, die angesichts des demografischen Wandels im Bereich Pflege auf die deutsche Gesellschaft zukommen. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn.

Herr Spahn, die Beiträge zur Pflegeversicherung sollen in dieser Legislaturperiode in zwei Schritten um 0,5 Prozentpunkte steigen. Das bedeutet fünf Milliarden Mehreinnahmen. Für welche zusätzlichen Leistungen soll das Geld verwendet werden?

Spahn: Wichtig ist uns, schnell konkrete Verbesserungen für Pflegerinnen und Pfleger, Demenzzranke und pflegende Angehörige umzusetzen. Deshalb sollen Pflegeleistungen künftig noch flexibler und individueller in Anspruch genommen werden können. Pflegebedürftige, die in den eigenen vier Wänden bleiben wollen, sollen mehr Unterstützung erhalten, um ihre Wohnung der Pflegesituation anzupassen. Angehörige werden stärker unterstützt.

Pflege ist das Mega-Thema des Jahrhunderts, beinahe jede Familie ist davon betroffen. Und in einer älter werdenden Gesellschaft gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass Pflege teurer werden wird. Dennoch bleibt die Pflegeversicherung eine Teilkaskoversicherung. Deshalb ist es wichtig, auch privat vorzusorgen.

0,1 Prozentpunkt wird in den Aufbau eines Pflegefonds fließen. Wozu dient er?

Spahn: Heute sind in Deutschland knapp zwei Millionen Menschen über 85 Jahre alt, 2050 werden es über 5,5 Millionen sein. Um zu verhindern, dass die Beiträge zur Pflegeversicherung in die Höhe schnellen, wenn die Baby-Boomer-Jahrgänge ins typische Pflegealter kommen, wollen wir vorsorgen. Damit halten wir künftig die Beitragssteigerungen in Grenzen und ermöglichen den jungen Menschen in der Zukunft, ihr Leben möglichst frei von allzuvielen finanziellen Zwängen zu gestalten.

In der Pflegebranche mangelt es an Fachkräften. Wie kann man da kurzfristig Abhilfe schaffen?

Spahn: Wir wollen bis zu 45.000 Betreuungskräfte einstellen, um die Pflegerinnen und Pfleger bei der eigentlichen Arbeit zu entlasten. Die Betreuungskräfte haben Zeit für Gespräche, helfen beim Essen oder gehen mit den Menschen spazieren. Darüber hinaus müssen wir auch auf ausländische Fachkräfte zurückgreifen und bestehende Beschäftigungsverhältnisse legalisieren. Der Fachkräftemangel wird über kurz oder lang alle wirtschaftlichen Bereiche betreffen. Im Pflegebereich können wir zeigen, wie wir ausländischen Fachkräften eine verlässliche Perspektive bieten können.

Pflegekräfte arbeiten unter großem Zeitdruck und werden schlecht bezahlt.

Wie kann dieser Beruf für junge Menschen wieder attraktiver werden?

„Der Pflegeberuf hat sehr gute Zukunftsaussichten“

Spahn: Ein großes Manko ist in der Tat die fehlende Zeit. Jedenfalls ist das die häufigste Antwort, wenn ich Pfleger frage, was ihnen am meisten fehlt. Da werden wir mit den Betreuungskräften spürbare Abhilfe schaffen. Der Pflegeberuf hat sehr gute Zukunftsaussichten; der Bedarf an gut ausgebildeten Kräften wird in den kommenden Jahren stark steigen. Deshalb wollen wir die Pflegeausbildung attraktiver machen, indem wir ein einheitliches Berufsbild mit einer Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung schaffen. Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung wollen wir auch in der Pflege umsetzen.

Viele alte Menschen werden zu Hause gepflegt. Wie kann man Familienangehörige entlasten?

Spahn: Die Familien sind der Pflegedienst der Nation. Jeder möchte so lange wie möglich zu Hause leben können. Das ist heute aufgrund der technischen Entwicklung sehr viel besser möglich als noch vor zehn Jahren. Auf der anderen Seite bringt die liebevolle Pflege eines Angehörigen eine große Belastung für die ganze Familie mit sich. Ganz oben auf der Wunschliste steht eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Deshalb werden wir die zehntägige Auszeit für Angehörige, die plötzlich vor der Herausforderung einer neuen Pflegesituation stehen, finanziell besserstellen.

Mehr militärisches Engagement in Afrika erwogen

Merkel schließt Kampfeinsatz aus – Ausbildungsmission in Mali erweitern

Die Bundesregierung ist zu einem stärkeren militärischen Engagement in Afrika bereit. Das bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch im Bundestag. So wolle man die EU-Ausbildungsmission in Mali, an der sich derzeit rund 100 deutsche Soldaten beteiligen, erweitern, sagte sie. Die Bundesregierung prüfe darüber hinaus, sich an dem beschlossenen EU-Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik zu beteiligen. In Frage komme etwa medizinische Hilfe. „Hierbei geht es nicht um einen deutschen Kampfeinsatz“, betonte Merkel.

In der Zentralafrikanischen Republik soll die sogenannte Überbrü-

ckungsmission der EU die bereits vor Ort befindlichen französischen Streitkräfte so lange unterstützen, bis Truppen der Afrikanischen Union (AU) die Stabilisierung übernehmen. Größe und Aufgabe der EU-Mission befindet sich derzeit in der Planung. Die Bundesregierung erwägt, Transportkapazitäten und ein MedEvac-Flugzeug für die Mission bereitzustellen, falls diese Fähigkeiten erbeten werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Flughafen der Hauptstadt Bangui gesichert wird.

Ein blutiger Krieg zwischen Muslimen und Christen führte bereits zur Vertreibung von rund einer Million Menschen. 2,4 Millionen brauchen in-

zwischen humanitäre Hilfe. Das Land steht kurz davor, ein weiterer gescheiterter Staat zu werden – ein fruchtbarer Boden für fundamentalistischen Terror, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel. Damit wäre die Zentralafrikanische Republik nicht nur eine Bedrohung für die Nachbarstaaten, sondern auch für die EU.

In Mali könnte Deutschland seinen Beitrag zur Ausbildung von afrikanischen Soldaten auf bis zu 250 Einsatzkräfte verstärken und damit die französischen Truppen dort entlasten. Ein neues Bundeswehr-Mandat für Mali und ein zusätzliches Mandat für Zentralafrika müssten im Februar beschlossen werden.

Menschen in der Ukraine „müssen Gehör finden“

Merkel mahnt Janukowitsch – Interessen der Opposition berechtigt

Deutschland unterstützt alle Bemühungen für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine. Dies betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Mittwoch. Die Interessen der Opposition und der Menschen, die seit Wochen – zunächst in Kiew und nun auch in weiten Teilen des Landes – für eine Hinwendung zu Europa demonstrieren, nannte sie berechtigt. Weil die Menschen in der Ukraine sich für die gleichen Werte einsetzen, die auch die Menschen in der Europäischen Union leiteten, „müssen sie Gehör finden“, sagte Merkel.

Schockenhoff fordert mehr Rechtsstaatlichkeit

In dieser Woche machte die Führung unter Präsident Wiktor Janukowitsch erste Zugeständnisse. So wurden die umstrittenen Gesetze, die die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit einschränken sollten, vom Parlament wieder zurückgenommen. Die Regierung von Ministerpräsident Mykola Asarow trat geschlossen zurück. Auch eine Amnestie inhaftierter Regie-



Die drei ukrainischen Oppositionsführer, in der Mitte Vitali Klitschko

rungsgegner wurde beschlossen.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff, sagte zu der Entwicklung: „Die Rücknahme der repressiven Gesetze zum Demonstrationsrecht und zur Meinungsfreiheit sowie der Rücktritt von Ministerpräsident Asarow sind ein erster großartiger Erfolg im Kampf der Ukrainer für Freiheit und Demokratie.“ Jetzt bestehe eine gute Chance, eine friedliche Lösung des

Konflikts zu erreichen. „Damit dies gelingt, muss vor allem die Rechtsstaatlichkeit im Lande weiter gestärkt werden“, forderte er.

Merkel betonte, dass die EU weiter offen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine sei. Die Absage Janukowitschs an dieses Abkommen hatte die Proteste ausgelöst.

Die grausame Alltäglichkeit des Sterbens

Bundestag gedenkt der Opfer der Blockade Leningrads – Eine Million Menschen erfroren oder verhungert



Foto: picture alliance / dpa

Bundeskanzlerin Merkel und Bundestagspräsident Lammert begleiten Granin in den Plenarsaal

In einer Feierstunde hat der Bundestag am Montag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Im Mittelpunkt des Gedenkens stand in diesem Jahr die fast 900-tägige Blockade Leningrads durch die Wehrmacht, die am 27. Januar vor 70 Jahren zu Ende ging. Die Gedenkrede hielt der russische Schriftsteller Daniil Granin, der an die Leiden der Menschen, den Hunger, die Kälte und den Tod in der belagerten Millionenmetropole erinnerte. Mit eindringlichen Worten beschrieb er, „wie sich das Wesen der Menschen unter den Bedingungen der Blockade verändert hatte“, wie aber auch ein „neues Niveau an Mitgefühl und Barmherzigkeit“ entstand.

Am 27. Januar gedenkt der Bundestag seit 1996 jedes Jahr der Opfer des Holocaust. An diesem Tag war 1945 das Konzentrationslager Auschwitz-

Birkenau von der Roten Armee befreit worden. Zufällig am gleichen Tag ein Jahr zuvor endete die Blockade Leningrads – heute wieder Sankt Petersburg. In den knapp 900 Tagen der Belagerung waren Schätzungen zufolge mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen – infolge von Luftangriffen, Krankheiten, Kälte und Hunger. „Damals war Sterben in der eingeschlossenen Stadt längst zu einer grausamen Alltäglichkeit geworden“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner einleitenden Rede. Die menschlichen Tragödien, die sich dort abgespielt haben, seien heute unvorstellbar.

125 Gramm Brot am Tag

Der heute 95-jährige Granin, der als junger Mann selbst an der Front kämpfte, hatte Ende der 70-er Jahre zusammen mit seinem Kollegen Ales Adamowitsch ein Buch mit Dokumenten, Tagebüchern und Zeitzeugenberichten über die Zeit der Belagerung herausgebracht, das „Blockadebuch“. Mit diesen Geschichten setzte er der sowjetischen Heldenperspektive die Sicht der betroffenen Menschen auf die Blockade entgegen, weshalb das Buch in der Sowjetunion damals nur in zensurierter Fassung erscheinen konnte. Im Bundestag beschrieb er seinen Zuhörern – darunter auch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel –, was es bedeutete, mit 125 Gramm Brot am Tag, mit Schneewasser und ohne Brennstoff auskommen zu müssen.

Die deutschen Truppen hätten in aller Ruhe darauf gewartet, dass der Hunger die Menschen in Leningrad in

die Knie zwingen würde. Krieg sei eigentlich ein „militärisches Geschäft“, bei dem Soldaten mit Soldaten kämpften. „Hier wurde der Hunger in die Stadt geschickt, um anstelle der Soldaten Krieg zu führen.“

„Intoleranz ist nicht mehr tolerierbar“

Lammert nannte es das Verdienst Granins, dass er den Bewohnern des belagerten Leningrads jenseits der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung eine Stimme gegeben habe. In den Tagebüchern zeige sich, was der Hunger den Menschen antue. Und es zeige sich auch: „Die Verantwortung, die wir Deutsche tragen, bleibt.“

Der Bundestagspräsident erinnerte an all jene, die Opfer der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenideologie wurden – der Juden, der Sinti und Roma, der Kranken und Behinderten, der politisch Verfolgten und Homosexuellen, der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, der Opfer der Kindertransporte, der zu „Untermenschen“ degradierten slawischen Völker. Nie wieder dürften Staat und Gesellschaft zulassen, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung oder sexuellen Orientierung, kurzum: wegen ihrer Andersartigkeit zum Feindbild einer schweigenden Mehrheit gemacht, verachtet, gedemütigt oder bedroht werden, mahnte Lammert. In Deutschland sei „Intoleranz nicht mehr tolerierbar“.

Die Gedenkstunde wurde musikalisch umrahmt vom Meccorre String Quartet, das Teile aus dem achten Streichquartett des russischen Komponisten Dmitri Schostakowitsch spielte. Schostakowitsch hatte selbst zu den Eingeschlossenen während der Blockade gehört.

„Das ordnungspolitische Gewissen“ der Koalition Der Parlamentskreis Mittelstand lud zum Neujahrsempfang

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) ist auch in der neuen Legislaturperiode ein Faktor innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, mit dem zu rechnen ist. Von 311 Abgeordneten insgesamt gehören mit 175 mehr als die Hälfte dem PKM an. Und nun, da die FDP aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden ist, kommt dem Parlamentskreis Mittelstand die alleinige Verantwortung zu, wenn es um die Verteidigung der Interessen der mittelständischen Wirtschaft geht. Der PKM-Vorsitzende Christian von Stetten unterstrich beim traditionellen Neujahrsempfang in der ersten Sitzungswoche diese Rolle als Sprachrohr der kleinen und mittleren Betriebe. Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte die Bedeutung des PKM als „ordnungspolitisches Gewissen“ der großen Koalition.

Sport als Wirtschaftsfaktor

Als Arbeitsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre nannte von Stetten die immer noch schwelende Staatsschuldenkrise in Europa sowie die großen Koalitionsvorhaben Rentenreform und Energiewende. Kauder zeigte sich zuvorsichtlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung für 2014. Die aktuellen Zahlen gäben für diese Zuversicht hinreichend Anlass. Der Fraktionsvorsitzende äußerte sich auch optimistisch über die Zusammenarbeit mit der SPD. Man werde viele Themen erfolgreich besetzen, sagte er voraus.



Foto: Caroline Bernhardt

Von Stetten mit Rauball (links) und Blessing (rechts) beim PKM-Jahresempfang

In seiner Begrüßungsrede hob der Gastgeber des Neujahrsempfangs, der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Martin Blessing, das für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wichtige Thema der Unternehmensfinanzierung hervor. Der Präsident der Deutschen Fußball-Liga und Präsident von Borussia Dortmund, Reinhard Rauball, setzte in seiner Ansprache wiederum auf das Thema Sport als Wirtschaftsfaktor. Rauball ging auf die Bedeutung des Profisports ein sowie auf die Struktur der Vereine, die ähnlich wie mittelständische Betriebe geführt werden. Außerdem sprach er das Lizenzierungsverfahren der Bundesliga und die Sicherheit in den Stadien an.

Den Wirtschaftsfaktor Fußball unterlegte Rauball mit aktuellen Daten:

Der Gesamtumsatz aller Clubs der Bundesliga und der Zweiten Bundesliga betrage rund 2,5 Milliarden Euro jährlich. 24 von 36 Vereinen schrieben zuletzt ein positives Ergebnis nach Steuern, sagte er. Die Bundesliga Sorge für rund 44.000 Arbeitsplätze – direkt oder indirekt. Rund 800 Millionen Euro würden jährlich an Steuern und Abgaben abgeführt. Mehr als 100 Millionen Euro würden jährlich in die Nachwuchsförderung investiert – für den Ligaverband nach seinen Worten so etwas wie die Abteilung „Forschung und Entwicklung“. 20 Millionen Euro geben die Clubs und die Bundesliga-Stiftung laut Rauball jährlich für ihr freiwilliges soziales Engagement aus. Der Ligapäsident warb für einen guten Dialog mit der Politik.

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Anette Hübinger für Forschungsengagement ausgezeichnet

Die CDU-Abgeordnete Anette Hübinger, zuständig für den Forschungsetat im Haushaltsausschuss, ist am Donnerstag von der BUKO Pharma-Kampagne, der DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe und von Ärzte ohne Grenzen für ihren politischen Einsatz bei der Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten wie Tuberkulose oder Dengue-Fieber mit dem Memento-Preis geehrt worden. Für sol-

che Krankheiten, unter denen weltweit fast drei Milliarden Menschen leiden, gibt es keine hinreichenden Behandlungsmöglichkeiten. In ihre Erforschung wird kaum investiert, weil kein lukrativer Absatzmarkt existiert.

Die CDU/CSU-Fraktion misst der Entwicklung von Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen für solche in Entwicklungsländern weit verbreite-

ten Erkrankungen besondere Bedeutung bei. Denn sie werden oft nur in nicht kommerziellen Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) erforscht. Daher hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011 erstmals Gelder für PDPs im Haushalt bereitgestellt. Die Unionsfraktion hat die Mittel für dieses Thema im Forschungsetat aufgestockt beziehungsweise Kürzungsversuche abgewehrt.

Ältere Wähler immer entscheidender Wahlstatistik 2013

Wahlberechtigte ab 60 Jahren stellten bei der Bundestagswahl 2013 gut ein Drittel aller möglichen Wähler. Gleichzeitig war die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe überdurchschnittlich. Bundeswahlleiter Roderich Egeler zog daraus den Schluss, dass angesichts der demografischen Entwicklung ältere Wähler immer stärker den Wahlausgang beeinflussen.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren laut amtlicher Wahlstatistik, die Egeler in dieser Woche vorstellte, insgesamt 61,9 Millionen Bürger wahlberechtigt. Davon war knapp die Hälfte im Alter von 30 bis 59 Jahren. Die Generation ab 60 Jahren stellte mit 21,3 Millionen mehr als doppelt so viele wie die jüngere Generation unter 30 Jahren, die mit 9,8 Millionen knapp ein Sechstel aller Wahlberechtigten ausmachte. Mit 71,5 Prozent war die Wahlbeteiligung im vergangenen Jahr um 0,7 Prozentpunkte höher als bei der Wahl 2009.

Wie schon bei früheren Bundestagswahlen gingen in den jüngeren Altersgruppen auch 2013 wieder weniger zur Wahl als im Durchschnitt der Bevölkerung. Am geringsten war die Beteiligung mit 60,3 Prozent bei den 21- bis 24-Jährigen. Mit steigendem Alter nahm die Wahlbeteiligung kontinuierlich zu. Die 60- bis 69-Jährigen beteiligten sich mit 79,8 Prozent am aktivsten an der Bundestagswahl 2013. Bei den über 70-Jährigen, die sich früher unterdurchschnittlich beteiligt hatten, war erstmals bei der Bundestagswahl 2009 eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung registriert worden. Dieser Trend setzte sich auch 2013 fort.



Zeichnung: Tomick

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Neue Beauftragte der Fraktion

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hat am Dienstag seine Beauftragten für bestimmte herausgehobene Themengebiete benannt. Die Beauftragten fungieren als „Klammer“, wenn ein Thema mehrere Arbeitsgruppen betrifft, sowie als Ansprechpartner für die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Im Folgenden die Liste:

- Franz Josef Jung**, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften
- Uwe Schummer**, Behindertenbeauftragter
- Eckhardt Rehberg**, Beauftragter für Maritime Wirtschaft
- Mechthild Heil**, Verbraucherschutzbeauftragte
- Cemile Giousouf**, Integrationsbeauftragte
- Thomas Bareiß**, Energiebeauftragter
- Andreas Jung**, Beauftragter für Klimaschutz
- Kai Wegner**, Großstadtbeauftragter
- Michael Frieser**, Beauftragter für den demografischen Wandel

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt